Rund 40 Personen inszenierten am frühen Sonntag einen einstündigen Feuerwerksangriff auf eine Polizeistation vor den Toren von Paris, so die Behörden, der jüngste in einer Reihe von Vorfällen, die in den letzten Monaten gegen Sicherheitskräfte gerichtet waren.

Bei dem kurz vor Mitternacht in Champigny-sur-Marne, etwa 12 Kilometer östlich der Hauptstadt, gestarteten Angriff wurden der Eingang der Station und mehrere Polizeifahrzeuge beschädigt, aber niemand wurde verletzt.

Der Bürgermeister der Stadt, Laurent Jeanne, sagte dem BFM-Fernsehen, die Polizei sei möglicherweise als Vergeltung für einen „Vorfall“ ins Visier genommen worden, an dem ein Rollerfahrer beteiligt war, der vor einigen Tagen von Beamten angehalten worden war, ohne Einzelheiten zu nennen.

Innenminister Gerald Darmanin twitterte, dass „diese kleinen Dealer niemanden erschrecken und unsere Anti-Drogen-Arbeit nicht entmutigen werden“, obwohl die Polizeibeamten die Angreifer nicht identifizieren konnten und keine Verhaftungen vorgenommen wurden.

Gewerkschaftsfunktionäre der Polizei sagten, der Angriff unterstreiche eine wachsende Bedrohung für die Strafverfolgung in deprimierten Vororten von Paris und anderen Großstädten.

Die Polizeiwache von Champigny-sur-Marne war bereits von Jugendlichen mit Feuerwerkskörpern angegriffen worden, zuletzt im April letzten Jahres, und mehrere andere in ganz Frankreich haben in diesem Jahr ähnliche Angriffe erlebt.

Der Überfall erfolgte, nachdem am vergangenen Mittwoch in einem Pariser Vorort zwei Beamte angegriffen und mit ihren eigenen Waffen niedergeschossen worden waren, was erneute Forderungen nach verstärkten Anstrengungen zur Bekämpfung von Kriminalität und Unsicherheit auslöste.

„Es gibt keinen Respekt mehr vor der Strafverfolgung, und leider ist es der Regierung nicht gelungen, diesen Trend zu ändern“, sagte Frederic Lagache von der Polizeigewerkschaft Alliance am Sonntag.

„Die Regierung muss sich verpflichten, ihre Sicherheitskräfte zu schützen“, sagte er.

Die Spannungen zwischen der Polizei und den Einwohnern in ärmeren Städten, oft mit großen Einwanderergemeinschaften, sind seit langem hoch, insbesondere nachdem in diesem Sommer Proteste wegen angeblicher Brutalität und Rassismus ausgebrochen sind.

(©Facebook – Laurent Jeanne)